

Position der CDU-Ratsfraktion zur Elternbeitragssatzung – Sitzungsvorlage 1863/2020-25/2

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal bekräftigt die Ziele, die mit dem im Stadtrat am 4. Juli 2024 gefassten Beschluss zur Ausgestaltung einer neuen Elternbeitragssatzung gesetzt wurden. Diese wesentlichen Eckpunkte einer sozial ausgewogenen, über die verschiedenen Systeme hinweg harmonisierten, mit Nachbarkommunen vergleichbaren und haushaltsneutral umgestalteten Elternbeitragssatzung sind für uns zentral. Gleichzeitig haben wir mit diesem Prüfauftrag die Umsetzung im Rahmen eines partizipativen Verfahrens festgelegt.

Der nun vorgelegte Satzungsentwurf ist in seiner Ausgestaltung für uns nicht zustimmungsfähig. So haben wir bereits am 14. Mai mit einem Änderungsantrag auf den damals vorgelegten Satzungsentwurf reagiert. Die CDU-Ratsfraktion lehnt die vorgeschlagene Neufassung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen unter Ziffer 1 der Beschlussfassung aus folgenden Gründen ab:

1. Beitragsstufen

Die nun vorgelegte Novellierung greift die Kritik der derzeit im Beitragssystem befindlichen Eltern insofern auf, als die Harmonisierung zwischen U2 und Ü2 zeitlich bis 2029 gestreckt wird, um die Nachteile der aktuell starken Beitragsdifferenzierung zwischen U2 und Ü2 abzufedern. Die von uns angeregte Überarbeitung der Stufen sowie die von Elternvertretern vorgeschlagene Verringerung der Abstände zwischen den Gehaltsstufen finden sich im überarbeiteten Entwurf nicht wieder. Die Ausgestaltung der Beitragsstufen entspricht dem bereits im Mai vorgelegten Ursprungsentwurf.

2. Beitragsausgestaltung

Die nun vorgelegte Satzungsversion und die Zielbeiträge nach vollständiger Implementierung im Kalenderjahr 2029 unterscheiden sich von den Beiträgen des ersten Satzungsentwurfs aus Mai 2025. Wie diese Abänderung der Zielbeiträge zustande kommt und warum sie nun – anders als in der Ursprungsversion – möglich ist, wird nicht deutlich. Das ruft ein berechtigtes Interesse an Transparenz hervor.

3. Partizipatives Verfahren

Leider müssen wir feststellen, dass das verabredete partizipative Verfahren nicht so stattgefunden hat, wie sich das die Beteiligten erwartet haben. Die Projektgruppe hat zu keinem Zeitpunkt in vollständiger Besetzung getagt; vielmehr gab es Einzelunterrichtungen und verschiedene Treffen in unterschiedlicher Zusammensetzung zu gleichen Fragestellungen. So stellen wir uns Partizipation und eine strukturierte Projektsteuerung mit Transparenz nicht vor. Auch bei der konkreten Ausgestaltung der Beitragsstufen und Beitragssätze hätten wir uns eine konsequente Beteiligung der gesamten Projektgruppe gewünscht. Erst Ende April 2025 wurde seitens des Geschäftsbereichsleiters eine konkrete Ausgestaltung an die Beteiligten vorgelegt, die wenige Wochen später hätte verabschiedet werden sollen. Seit Juli 2024 gab es einen konkreten politischen Arbeitsauftrag. Es stellt sich die Frage, warum die Zeitachse für die Beteiligten derart kurz gesetzt wurde. Warum wurde nicht schon viel früher in Ruhe in der Projektgruppe über konkrete Beitragsstufen und Beitragssätze gesprochen?

4. Kommunikation und Planbarkeit

Nicht nur die Projektgruppe wurde kurzfristig über die konkrete Ausgestaltung der Beitragsstufen und Beitragssätze informiert. Auch die betroffenen Eltern erhielten erst spät Kenntnis von der tatsächlichen Ausgestaltung. Ein Schreiben der Stadtverwaltung Anfang April hat bei vielen Eltern noch den Eindruck erweckt, dass sich wenig verändert. Auch die Situation in Kitas wie in Leutherheide hat viel Vertrauen zerstört. Eine bessere Einbindung der Beteiligten ist aus unserer Sicht dringend erforderlich.

Wir halten daher eine Nacharbeit im Sinne eines Neustarts der Arbeit innerhalb der Projektgruppe mit allen Beteiligten für notwendig. Nur so können alle Vorschläge gemeinsam erörtert werden. Nur so kann verlorenes Vertrauen wiederhergestellt werden, und nur so ist eine transparente Ergebniserarbeitung im Sinne einer strukturierten Projektsteuerung sichergestellt. Wir werden daher in der Sitzung beantragen, dass die Projektgruppe bis Januar 2026 einen gemeinschaftlichen Entwurf für die Ausgestaltung einer harmonisierten Elternbeitragssatzung vorlegt. Die Arbeit der Projektgruppe soll dieses Mal nachvollziehbar, strukturiert und transparent erfolgen. Mögliche Rechtsfragen zum Beitragseinzug im Rahmen der außerschulischen OGS Angebote im kommenden Schuljahr 2025/26 sollen im Gespräch mit der Bezirksregierung geklärt und notfalls durch eine Übergangssatzung gelöst werden.